

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Oktober 2019

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Gesundheitsdaten in Gefahr**
- **Yvonne Egey: Der blinde Fleck**
- **Mehr Demokratie: Wort halten**
- **Matthias Burchardt: Rettet die Bienen und die Demokratie**
- **Norbert Häring: Moderne Knechtschaft**
- **Peer Ederer: Erfahrungen als Deutscher Flüchtling in der Schweiz**
- **Jürgen Todenhöfer: Schafft Frieden in Idlib! ...**
- **Friedhelm Klinkhammer & Volker Bräutigam: Auch in Mali den Finger am Abzug**
- **Jens Berger: "Hongkong-Held" oder US-Marionette?**
- **Liudmila Kotlyarova: ... Hongkong ... Kernzentrum der "Neue Seidenstraße"**
- **handelszeitung.ch: Bank of England-Chef Mark Carney: "US-Dollar ist destabilisierend"**
- **Dagmar Henn: Umgang mit dem Klimawandel: Nach dem Sündenfall**
- **Aussagen zum Klimawandel werden angezweifelt und missbraucht**
- **Kornelia Kirchwegger: Offener Brief an Greta Thunberg: Wir lassen uns nicht länger beschimpfen!**

Zitat des Monats von [Albert Einstein](#):

Der Mensch muss einsehen, dass seine Geschicke mit denen seiner Mitmenschen in allen Teilen der Welt eng verknüpft sind.

Editorial

Ein Schwerpunkt dieser Ausgabe ist der **Abbau von demokratischer Souveränität der Bürger** – aber auch konkrete Maßnahmen und Beispiele dagegen. Die Telematik-Infrastruktur, die in Arztpraxen eingeführt wird, bedeutet nicht nur eine enorme Belastung der Praxen, sondern vor allem eine Torpedierung des **Arztgeheimnisses**. Dagegen wendet sich eine Petition, an der sich jeder beteiligen kann. Eine andere Petition richtet sich gegen die in Deutschland strukturell **mangelhafte Gewaltenteilung**: Richter und Staatsanwälte unterstehen bei uns der Exekutive. Mit einer weiteren Unterschriftenaktion an die Parteivorsitzenden erinnert der Verein Mehr Demokratie e.V. daran, dass die Bundesregierung sich in dieser Legislatur mit **Maßnahmen zu direkterer Demokratie** auf Bundesebene befassen wollte. Zum Thema Abstimmungen macht Matthias Burchardt darauf aufmerksam, dass man sich z. B. bei dem zur Zeit laufenden **Volksbegehren "Rettet die Bienen"** in Baden-Württemberg sehr genau mit den Inhalten beschäftigen muss, bevor man seine Entscheidung trifft. Über einen massiven **Eingriff in die Freiheit der Bürger** in Australien mit Hilfe der Digitalisierung informiert Norbert Häring. Ein Gegenbeispiel dafür, wie **dank demokratischer Kultur** Wohlstand geschaffen werden kann, gibt Peer Ederer in einem Vortrag über die Schweiz.

Jürgen Todenhöfer richtet einen konkreten Appell und Vorschlag an die Bundesregierung, wie der **Terrorismus in Syrien** mit anderen als kriegsähnlichen Mitteln eingedämmt werden könnte. Ein weiterer Beitrag beschreibt konkrete Maßnahmen der Bundesregierung, die in **Mali** leider genau das Gegenteil davon tut. Zwei Beiträge schildern die Vorgänge, Hintermänner und Interessen, die bei den vom Westen unterstützten **bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Hongkong** eine Rolle spielen.

Nicht nur der Chef der 'Bank of England' geht davon aus, dass die Zeit des **US-Dollar als Leitwährung zu Ende** geht.

Das zur Zeit allgegenwärtige **Thema Klimawandel** behandeln wir aufgrund seiner Komplexität nicht mit abschließenden physikalischen Wahrheiten, sondern stellen verschiedene Beiträge vor, die unterschiedliche und ernst zu nehmende Einwände zu der scheinbar alternativlosen Propaganda vortragen. Der Leser möge diese zu seiner eigenen Vertiefung und Urteilsfindung nutzen.

[Inhalt ↑](#)

• Gesundheitsdaten in Gefahr

Bis zum 01.07.2019 sollen [alle \(Zahn\)Ärzte und Psychotherapeuten](#) an die für **2 Mrd. Euro eingerichtete Telematik-Infrastruktur (TI)** angeschlossen sein. In dieser TI sollen alle Patientendaten elektronisch gespeichert werden. Zudem sollen die Praxen zusammen mit der Betreibergesellschaft 'Gematik' [für die Schnitt- und Anschlussstellen zum TI verantwortlich](#) sein. Zahlreiche Ärzte und Psychotherapeuten haben sich aus folgenden Gründen gegen eine Anbindung an die TI entschieden: Schutz des Arztgeheimnisses, Schutz der Gesundheits- und Behandlungsdaten der Versicherten, Nichtbeachtung der Datenschutz-Grundverordnung wegen fehlender Datenschutz-Folgeabschätzung, haftungsrechtliche Probleme, Unverhältnismäßigkeit in wirtschaftlicher Hinsicht, Unzumutbarkeit der Belastung mit kerntätigkeitsfremden Aufgaben. Der 'Chaos Computer Club' hatte Ende 2018 auf [Sicherheitslücken des Systems](#) hingewiesen, die es auch in anderen Ländern gebe.

Sich gegen den Anschluss wehrende Praxen werden mit Honorarabzügen bestraft; weitere Sanktionen bis zum Entzug der Kassenzulassung werden angedroht.

Mit einer Petition wird der Bundestag aufgerufen, dafür zu sorgen, dass weder die Patienten, die ihre Daten nicht in einer elektronischen Patientenakte speichern lassen wollen Nachteile erleiden, noch dass die Praxen für die Nutzung von TI verpflichtet werden, noch dass nicht an TI angeschlossene Praxen sanktioniert werden. Die Petition kann [per Unterschriftenliste gezeichnet werden](#); die Möglichkeit diese Petition online beim [Bundestag](#) zeichnen zu können, war bis zum 12.10.2019 leider noch nicht eingerichtet.

[Inhalt](#) ↑

- Yvonne Egey: **Der blinde Fleck**

Der Verein "Neue Richtervereinigung e.V." (NRV) sowie eine im Jahr 2009 erlassene Resolution der parlamentarischen Versammlung des Europarats fordern die Selbstverwaltung der Justiz und damit eine unabhängige Justiz in Deutschland. Das Grundgesetz (Art.20 u. Art.79(3)) sieht dies mit der Dreigliederung der Staatsgewalt vor, aber umgesetzt wurde die Gewaltenteilung in Deutschland nach 1948 nicht.

[Der übermächtige und intransparente Einfluss der Exekutive auf die Justiz](#) ist bis heute gegeben, z.B. bei der Wahl und der Karriere der Richter sowie auf die Staatsanwaltschaft. Daher dürfen deutsche Staatsanwälte laut EuGH-Urteil vom 27.05.2019 im Unterschied zu ihren europäischen Kollegen keinen europäischen Haftbefehl ausstellen. Nur das Bundesverfassungsgericht untersteht keiner anderen Behörde, verfügt aber über keine Mittel der Rechtsdurchsetzung gegenüber der Politik; *und auch hier werden die Richter unter Einfluss der Exekutive bestellt (Red.)*.

Die Bundestag-[Petition 98383](#) mit dem Titel "Abschaffung der Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft an das Justizministerium vom 21.08.2019" hat bis zum 09.10.2019 online ca. 750 Unterschriften bekommen und damit das Quorum von 50'000 Unterschriften nicht erreicht.

[Yvonne Egey](#), Jg. 1966, Daten-Analystin in der Medien-Branche; *engagiert sich gegen die immer größere Distanz der Politik zu den Menschen in Deutschland. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Mehr Demokratie: **Wort halten**

Nach der Bundestagswahl 2017 haben 275'000 Menschen den Ausbau unserer Demokratie und die Einführung des bundesweiten Volksentscheids gefordert. Das hatte Erfolg: [Laut Koalitionsvertrag soll es eine Demokratie-Kommission geben](#), die Schritte zu direkterer Demokratie, zu Abstimmungsmöglichkeiten auf Bundesebene erarbeiten sollte. Leider gibt es die Kommission immer noch nicht. Der Verein "Mehr Demokratie e.V." initiiert deshalb eine Unterschriftenaktion an die Parteivorsitzenden der Regierungsparteien, um diese Verpflichtung aus dem Koalitionsvertrag endlich in die Wege zu leiten.

[Mehr Demokratie e.V.](#), überparteiliche und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, *tritt dafür ein, dass Bürger das Recht wahrnehmen können, wichtige Fragen selbst zu entscheiden, wenn sie das wollen – in Gemeinden, in den Bundesländern, auf Bundesebene und in der EU. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Matthias Burchardt: Rettet die Bienen und die Demokratie**

In Baden-Württemberg wird zur Zeit ein Volksbegehren "Rettet die Bienen" lanciert. (*In Bayern war im letzten Jahr ein solches Volksbegehren bereits erfolgreich. Red.*) Burchardt weist darauf hin, dass ihm als Sohn und Enkel eines Imkers die Bienen natürlich am Herzen liegen. Dennoch muss man [bei jedem Volksbegehren genau hinschauen, wenn man es ernst meint mit der Demokratie](#). Bei genauerem Hinsehen stellte er nämlich fest, dass der Naturschutz inkl. Bienenschutz zum Beispiel am Bodensee sehr gut mit der traditionellen Landwirtschaft vereinbar ist und funktioniert; mit den Zielsetzungen des Volksbegehrens würden aber viele mittelständische landwirtschaftliche Betriebe, auch Biobetriebe, durch planwirtschaftliche Vorgaben in ihrer Existenz bedroht oder vernichtet – und damit auch deren naturschützende Funktion.

Der zur Abstimmung aufgerufene Bürger muss sich immer genau mit dem vorgelegten Thema beschäftigen. Das ist die große Chance der direkten Demokratie: Initiativen sind nicht nur als Ja-Nein-Mechanismus, sondern vor allem als Anlass zur Volksbildung zu verstehen.

[Matthias Burchardt](#) Akademischer Rat am Institut für Bildungsphilosophie an der Universität zu Köln und stellvertretender Geschäftsführer der 'Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.‘; entschiedener Kritiker der Bildungsreformen im Namen von PISA und Bologna. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Norbert Häring: Moderne Knechtschaft**

In Australien laufen seit einigen Jahren in verschiedenen Regionen Versuche, bei denen [Sozialhilfe auf Debitkarten ausgezahlt wird. Diese sollen das Verhalten der Inhaber steuern](#). Zum Bezahlen bestimmter Güter und Dienste wie zum Beispiel Alkohol, Drogen und Glücksspiel können sie nicht verwendet werden. Online kann man damit nur bei von der Regierung genehmigten Händlern einkaufen. Bargeld abheben kann man mit der Karte auch nicht. Bisher gehen 80 Prozent der Sozialhilfe auf die beschränkten Karten, 20 Prozent werden auf ein normales Konto überwiesen. Nach der geplanten Gesetzesreform hätte die Regierung allerdings die Möglichkeit, den Prozentsatz auf 100 Prozent anzuheben.

Trotz der "gut gemeinten" Absicht, bedürftige Menschen vor Missbrauch zu schützen, ist dies eine totalitär anmutende Freiheitsberaubung. Die Regierung nimmt sich ausdrücklich das Recht, die gesamte Zahlungshistorie mit der Debitkarte zu durchforschen. Der Antragsteller soll darüber hinaus unter anderem beweisen, dass er in der Gemeinschaft engagiert ist und dass er sich bemüht, Arbeit zu finden.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Peer Ederer: Erfahrungen als Deutscher Flüchtling in der Schweiz**

Prof. Dr. Peer Ederer, Autor und forschender Ökonom hat jeweils viele Jahre in Japan, USA und Niederlande gelebt. Seit 10 Jahren lebt Ederer nun in der Schweiz, wobei er sich fragt, was macht den Unterschied, was macht eigentlich die Schweiz aus.

In der Schweiz wird das weltweit höchste Volkseinkommen pro Kopf erzielt, das gut gleichverteilt ist. Dort bekommt man 50% mehr Gehalt, zahlt 70% weniger Steuern, aber es gibt eine funktionierende Vermögenssteuer. Die Sozialversicherung ist mit 24% vergleichbar mit Deutschland. Im Vergleich zu USA, EU und Japan [wird in der schuldenfreien Schweiz netto Wohlstand geschaffen](#). Deutschland ist verschuldet und hat zudem in Summe mehr als 9'000 Mrd. Euro offene Handelskredite verliehen, die abzuschreiben sind. Ederer fragte sich, wie die hohe Wirtschaftskraft der Schweiz zustande kommt. Heute ist er aus historischer Sicht überzeugt, dass es einerseits wichtig ist zu sehen, dass in der Rheinachse liberale Republiken angesiedelt sind, dass die Schweiz mit dem Handelsweg über den Gotthard zum echten Transitland geworden ist.

Wichtig ist auch, dass die Schweiz seit 1515 zu einem neutralen Land und seit 1848 zu einer liberalen Republik geworden ist. In der Vielzahl an komplexen Berufen (wie in NL, L, u. Skandinavien), in dem hohen Maß an sozialem Vertrauen und in der Bereitschaft, selbst Verantwortung zu übernehmen, könnte nach Ederer die Wurzel für die prosperierende Schweiz liegen. (Video 1h36)

[Peer Ederer](#) ist Ökonom und Strategieberater für die Lebensmittelindustrie mit zahlreichen Publikationen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jürgen Todenhöfer: **Schafft Frieden in Idlib! Todenhöfers Appell an Bundesregierung und Kriegsparteien**

In der Provinz Idlib in Syrien stehen zurzeit zwischen 40'000 und 50'000 Rebellen und Terroristen. Darunter 5'000 bis 8'000 ausländische Kämpfer. [Idlib beherbergt wahrscheinlich die größte Rebellen- und Terroristen-Konzentration der Welt](#). Noch immer erhalten die Kämpfer Waffen und Geld von ihren Verbündeten am Golf. Russland, Syrien und neuerdings offenbar auch die USA versuchen, das Problem mit Bombenangriffen zu lösen.

Die syrische Regierung hat den inländischen Rebellen - selbst den radikalsten - öffentlich seit längerem eine Generalamnestie angeboten. Der syrische Staatschef Bashar Assad hat dies nun ausdrücklich noch einmal veröffentlicht.

Hier setzt Todenhöfers Friedensplan an. Teil 1 könnte eine International überwachte Amnestie durch das 'Internationale Rote Kreuz' (IKRK) für alle inländischen Rebellen sein. Sie würde den Tod unzähliger Zivilisten verhindern. Doch diese Lösung scheint westlichen Politikern zu kompliziert zu sein.

Todenhöfer geht davon aus, dass nicht alle Rebellen eine Amnestie akzeptieren. Auch dann nicht, wenn sie international garantiert würde. In Idlib stehen die härtesten der harten Kämpfer. Deshalb fordert er als Teil 2 einer Friedenslösung für Idlib, dass Rebellen, die eine Amnestie ablehnen, müssten – genauso wie ausländische Kämpfer – von jenen Staaten des Mittleren Ostens übernommen werden, die sie bisher finanziert und mit Waffen unterstützt haben.

[Jürgen Todenhöfer](#), Jg. 1940, ist promovierter Jurist, Publizist und ehemaliger Medien-manager. Er war 1972 bis 1990 Bundestagsabgeordneter der CDU. Er unterstützte den von den USA geförderten Guerillakrieg gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan. Ab etwa 2001 profilierte sich Todenhöfer als Kritiker der US-Interventionen in Afghanistan und im Irak. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Friedhelm Klinkhammer & Volker Bräutigam: **Auch in Mali den Finger am Abzug**

Obwohl die Auslandseinsätze der Bundeswehr verfassungsrechtlich als kritisch zu betrachten sind und obwohl immer mehr Teile der Bevölkerung diese Einsätze ablehnen, wurde auf dem G7-Gipfeltreffen im August auf Betreiben des französischen Präsidenten Macron und der Bundeskanzlerin Merkel beschlossen, [die militärischen Anstrengungen in der Sahel-Zone zu verstärken, speziell in Mali](#).

Interessant für die "Westliche Werte-Gemeinschaft" sind die Bodenschätze des Landes. Mali exportiert jährlich Gold für rund 2,31 Mrd. Euro und ist der drittgrößte Goldlieferant der Welt. Auch Uran und Ölvorkommen sind für den Westen von strategischem Interesse.

Klinkhammer und Bräutigam fragen, was die Bundeswehr in Mali, einem der ärmsten Länder der Welt, in den sechs Jahren ihres Engagements seit 2013 denn eigentlich geleistet hat. Geografisch breiten sich Gewalt und Unsicherheit weiter aus. Bis 2014 war praktisch nur der Norden Malis vom islamistischen Terror betroffen. Inzwischen hat das südlich gelegene Burkina Faso ebenfalls schon mehr als 1'000 Anschlagopfer zu beklagen. Der Verteidigungsminister von Burkina Faso fragt sich, ob die Europäer vielleicht eine andere Agenda haben, als den Terror in

der Region um Mali zu besiegen, was sie trotz aller militärischen und technologischen Möglichkeiten bis heute nicht geschafft haben.

[Friedhelm Klinkhammer](#) war langjähriger Gesamtpersonalratsvorsitzender des NDR und zeitweise persönlicher Referent der Direktorin des NDR-Landfunkhauses Niedersachsen.

[Volker Bräutigam](#), Jg. 1941, ist deutscher Publizist, der schon verschiedene Programmbeschwerden wegen unsauberer Medienberichterstattung einlegte. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jens Berger: **“Hongkong-Held“ oder US-Marionette?**

[Der 23-jährige Hongkong-Aktivist Joshua Wong](#) wird von westlichen Medien gefeiert: Für ‘BILD’ ist er der ‘Hongkong-Held’, den man in Berlin als Stargast eines Sommerfestes an den Putin-Kritiker Michail Chodorkowski, Ex-Minister Karl-Theodor zu Guttenberg, den US-Botschafter Richard Grenell und Außenminister Heiko Maas herumreicht. Für das ‘Time Magazine’ ist er der “einflussreichste Teenager“, für ‘Fortune’ und ‘Foreign Affairs’ ein ‘Freiheitskämpfer’. Wong macht den Grünen und der FDP seine Aufwartung, um dann wieder nach Washington zu reisen, wo er bereits 2015 herumgereicht wurde. Dort geht Wong beim republikanischen Senator und Präsidentschaftskandidaten Marco Rubio ein und aus. Rubio war Strippenzieher bei dem gescheiterten Putsch in Venezuela und hat Wong 2018 für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Woher Wong seine finanziellen Mittel hat, ist unklar, aber zumindest organisatorisch hat der US-amerikanische Think Tank NDI (eine Gründung des berühmten ‘National Endowment for Democracy’) Wongs Gruppierung ‘Scholarism’ unterstützt. Dass Wong im US-Konsulat in Hongkong verkehrt, ist durch Bilder belegt.

[Jens Berger](#), Jg. 1972, abgeschlossenes Studium der Volkswirtschaftslehre, freier Journalist, Redakteur der [NachDenkSeiten](#); schreibt zu sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Liudmila Kotlyarova: **Wozu China Hongkong so braucht: Finanzmetropole wird zum Kernzentrum der “Neue Seidenstraße“**

Laut der Regierungschefin von Hongkong, Carrie Lam, soll [Hongkong zum wichtigsten Finanz- und Beratungszentrum für das Projekt Initiative “Belt and Road“](#) (BRI, Neue Seidenstraße) werden. Die rund 1’700 Mrd. US-Dollar Investitionen für die BRI-Projekte sollen größtenteils durch Börsengänge und Kredit-Syndikate in Hongkong aufgebracht werden. Zudem ist Hongkong für die Projekte als einer der größten Seehäfen mit minimalen Steuern, Nullzöllen und Schiedsverfahren nach britischem Recht wichtig, auch weil das südchinesische Shenzhen die gesamten Investitionszuflüsse nicht bewältigen kann.

Die “Belt and Road“ ist eine chinesische Initiative zur Schaffung einer Infrastruktur aus drei Logistik-Korridoren von China aus über Eurasien bis zur EU. Sie beinhaltet Investitionen in die Entwicklung von Ländern, durch die die See- und Landwege der “Neuen Seidenstraße“ verlaufen. Die Initiative wurde 2013 erstmals vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping ins Leben gerufen. Mehrere Dutzend asiatische, afrikanische und europäische Länder haben sich der Initiative bereits angeschlossen. Die Initiative gilt als der weltweit größte Komplex von Investitionsprojekten.

[Liudmila Kotlyarova](#), Jg. 1994, studierte Wirtschaftswissenschaften an der Russischen Zollakademie sowie ‘Global Communication and International Journalism’ an der Freien Universität Berlin; seit 2018 Korrespondentin bei Sputnik News mit den Schwerpunkten deutsch-russische Beziehungen, gesellschaftliche Phänomene und Wirtschaft. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- handelszeitung.ch: **Bank of England-Chef Mark Carney: “US-Dollar ist destabilisierend“**

Der Chef der ‘Bank of England’, Mark Carney, sieht eine “destabilisierende“ Rolle des US-Dollars. Die Dominanz des Dollars im globalen Finanzsystem erhöhe das [Risiko einer Liquiditätsfalle](#) mit extrem niedrigen Zinsen und schwachem Wachstum. Der Einfluss des Dollars auf ein diversifiziertes multipolares Finanzsystem sei zu dämpfen. Als Ersatzwährung bringt Carney Chinas Yuan bzw. die virtuelle Währung ‘Libra’ von Facebook ins Spiel.

Schon vor Carney hat der britische Wirtschaftswissenschaftler Peter Koenig die Staaten der Welt aufgefordert, ihren [Handel untereinander nicht mehr in US-Dollars, sondern in ihren jeweiligen Landeswährungen](#) (nicht in dem Dollar-Abkömmling Euro) abzuwickeln. Dadurch kämen wir dem Weltfrieden sicher einen großen Schritt näher. Wenn die Souveränität der Staaten nicht mehr durch die finanzpolitische Hegemonie der USA einzuschränken wäre, könnte sich eine globale geopolitische Struktur entwickeln, in der alle Staaten unabhängiger wären und selbständiger entscheiden könnten. Das chinesische Seidenstraßen-Projekt BRI werde helfen, die gesamte Weltwirtschaft entsprechend zu revolutionieren. Koenig macht klar, dass mit den in US-Dollar verkauften US-Staatsanleihen die monströsen US-Schulden, die nie mehr getilgt werden können, auf andere Staaten rund um die Welt abgewälzt. Dadurch werde die Weltwirtschaft gefährdet.

[Inhalt](#) ↑

- Dagmar Henn: **Umgang mit dem Klimawandel: Nach dem Sündenfall**

Wissenschaftliche Einschätzungen sind nach Dagmar Henn, wie die Geschichte zeigt, nicht nur der Mode unterworfen, sondern sie [sind heute vor allem von dem bestimmt, der für die Arbeit das Geld bezahlt](#) (Stichwort: Drittmittel). Wann immer die Wissenschaft in der Geschichte in den Abgrund gerutscht ist, war die Rechtfertigung etwas, das Wichtiger schien als der einzelne Mensch, sei es die Nation, sei es die Rasse, sei es, wie im Fall der Eugenik, die Qualität der Erbmasse; für dieses höhere Gut waren alle Opfer legitim (natürlich war es dabei sehr praktisch, dass die Opfer nicht von den Wissenschaftlern gebracht werden mussten).

Augenblicklich heißt die Rechtfertigung “Klima“. Absurditäten unter dem Vorwand des Klimaschutzes finden sich reichlich. Das beginnt bei der massiven Monokultur für Biotreibstoffe über die Verhinderung der Entwicklung ärmerer Völker über Vertreibungen bis hin zu Spekulationen mit CO₂-Zertifikaten. Nichts davon verbessert das reale Leben realer Menschen – im Gegensatz zu den gigantischen Aufforstungsmaßnahmen der Chinesen.

Vernünftig über Ziele und Handlungen zu diskutieren, gelingt nur, wenn das Maß des Menschen der Mensch ist. Wo dieses Maß schwindet und durch ein vermeintlich höheres Gut ersetzt wird, gibt es keine klare und offene Diskussion mehr; Glauben tritt an die Stelle des Erkennens und Moral an die Stelle des ausgesprochenen und ausgehandelten Interesses, und hinter den Sprech- und Denkverboten öffnet sich erneut der Abgrund der Unmenschlichkeit.

[Dagmar Henn](#), Jg. 1963, *alleinerziehende Mutter*; von 2008 bis 2014 *Stadträtin in München*. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Aussagen zum Klimawandel werden angezweifelt und missbraucht**

[Laut einer Studie von Stanford-Professor Patrick Frank können Klimawandelmodelle die Erdtemperatur nicht vorhersagen](#). Alle Berechnungen der Temperaturentwicklung sind demnach falsch und alle Aussagen, die über den Einfluss von CO₂ auf das Klima gemacht werden, damit bedeutungslos. Ein Effekt von CO₂ auf das Klima könnte nach Frank selbst dann, wenn es ihn gäbe, nicht nachgewiesen werden. Schon der Fehler in der Modellierung langwelliger Strahlung, die von Wolken auf die Erde reflektiert wird, ist um das 114-fache größer als der Effekt den CO₂ auf das Klima haben soll.

Die Entwicklung des arktischen Meeres-Eises in diesem Jahr ist mit der von 2016 vergleichbar. Im Vergleich zum Jahr 2012, das als bisheriges "Record Minimum" (seit 1979) vom 'National Snow and Ice Data Center' (NSIDC) der USA ausgegeben wird, ist die Ausbreitung des Meeres-Eises größer. Die [Ausbreitung von Meeres-Eis verläuft zyklisch](#) und hat sich in den 1930er und 1940er Jahren ungefähr auf dem Niveau befunden, auf dem sie heute zu finden ist.

Die Faktoren, die die Intensität der Sonneneinstrahlung auf die Erde und damit das Klima beeinflussen, sind vielfältig und miteinander in komplexen Interaktionen verflochten. Die Periodizität der Entwicklung des Erdklimas, seinen [zyklischen Verlauf in Abhängigkeit von der Intensität der Sonneneinstrahlung](#) und der Intensität der Sonnenaktivität für die letzten 2'000 Jahre wird von britischen und russischen Autoren im Detail gezeigt: Ein großer Sonnenzyklus umfasst rund 2'100 Jahre, kleinere Zyklen 350 bis 400 Jahre. Die Ausprägung von solaren Maxima und Minima wie sie in den kleinen Zyklen auftreten, hängt zum einen von der Anzahl der Sonnenflecken ab, die ein Maß für die Sonnenaktivität sind, zum anderen von der Position der Erde im großen Sonnenzyklus.

Prof. Horst Malberg erkennt ein [synchrones Schwingungsverhalten zwischen der Sonnenaktivität und der Erdtemperatur](#) seit dem 17. Jahrhundert (Video, 0h33). Aus der Betrachtung der letzten 350 Jahre leitet Malberg ab, dass ca. 70% der langfristigen Erwärmung wie Abkühlung durch den solaren Einfluss verursacht werden. Für Michael Klein ist das eine Überbewertung; für ihn sind [nur 7% der Erwärmung auf die Sonnenaktivität zurückzuführen](#).

Dirk Müller fragt sich, [warum Umwelt und Klima heute auch für die Eliten so wichtig scheint](#). Seine Erkenntnis: Es geht darum, die Welt über ein gemeinsames Thema zu einer "Gemeinschaft", einer Weltgesellschaft zu machen. Allerdings werden dabei jung gegen alt aufgehetzt, die jungen Menschen instrumentalisiert und der Schutz der Umwelt zum Geldverdienen mittels CO₂-Zertifikaten missbraucht. (Video 8:02)

[Michael Klein](#), Jg. 1965, studierte Volkswirtschaft, Politikwissenschaft und Wissenschaftslehre; seit 2002 wissenschaftlicher Berater; setzt sich mit Heike Diefenbach auf dem Blog "ScienceFiles" kritischen mit wissenschaftlichen Beiträgen auseinander. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Kornelia Kirchweger: **Offener Brief an Greta Thunberg: Wir lassen uns nicht länger beschimpfen!**

In einem offenen Brief [wird Greta Thunberg auf die Blindheit aufmerksam gemacht, die in ihrer Wutrede vor der UNO zum Ausdruck kommt](#). Kirchweger weist die Anschuldigungen Thunbergs zurück und zeigt der jungen Generation in deutlichen Worten auf, dass sie viel klimaschädlicher lebt, als die Generationen davor. Die Jugend erkenne vor allem ihr eigenes, durch eine Überflussgesellschaft geprägtes Anspruchs- und Konsumverhalten und damit ihren klimafeindlichen Lebensstil nicht. Dieser stehe in krassem Widerspruch zu der Art zu leben, wie es die Generation tun musste, die in den 1960er Jahre aufgewachsen ist. Diese ältere Generation habe gelernt, mit weniger Sachen auszukommen, die mit CO₂-Ausstoß produziert werden, und abgenutzte Waren wieder instand zu setzen.

Inhaltlich ist die Betroffenheit der älteren Generation sehr gut verständlich. Der Ton mag nicht jedem gefallen. (Red.)

[Kornelia Kirchweger](#), Redakteurin bei 'wochenblick.at', die [prägende Erfahrungen](#) (Video, 0h20) bei der APA und im österreichischen Bundeskanzleramt, aber auch im Ausland machte; Schwerpunkte: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. (Red.)

[Inhalt](#) ↑